



## Future Combat Air System Das größte Rüstungsprojekt Europas

von Jürgen Wagner

FCAS-Modell bei der Pariser Luftfahrtschau in Le Bourget 2019. Quelle: JohnNewton8, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons

### Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	2
Atomares KI-Luftkampfsystem.....	2
Meilenstein: Aus Millionen werden Milliarden .....	2
Schlüsselprojekt in deutsch-französischer Hand .....	3
Tempest-Konkurrenz .....	4
French Combat Air System?.....	5
Deutschland liefert I: Freie Bahn für Rüstungsexporte.....	6
Deutschland liefert II: Entwicklung von Kampfdrohnen .....	6
Deutschland liefert III: Die Sache mit der Ethik .....	8
Deutschland liefert IV: Projektfinanzierung.....	9
Ausblick: Next Sopt 2024 .....	9
Anmerkungen .....	10

### Einleitung

Anfang Februar 2021 wurde gemeldet, das Verteidigungsministerium habe dem Bundestag eine lange Liste mit sogenannten 25-Millionen-Vorlagen übermittelt, die noch vor der Bundestagswahl im September verabschiedet werden sollten. Dabei handelt es sich um Rüstungsprojekte, die den besagten Betrag überschreiten und aus diesem Grund auch noch einmal gesondert vom Haushaltsausschuss bewilligt werden müssen. Auf den allerletzten Drücker wurden dann am 23. Juni 2021 in der letzten Sitzung vor Ende der Legislatur nicht weniger als 27 Projekte durchgewunken, darunter auch die Gelder für die nächste Projektphase des „Future Combat Air Systems“ (FCAS). Dabei handelt es sich um ein Luftkampfsystem, dessen wichtigste Komponente ein neues Kampfflugzeug darstellt, das auch von unbemannten teilweise bewaffneten Drohnen begleitet werden soll.<sup>1</sup>

Gemeinhin gilt das FCAS – hier in den Worten von Luftwaffen-Inspekteur Ingo Gerhartz – als das „größte europäische Rüstungsprojekt überhaupt“<sup>2</sup> und als eines der Kernstücke der deutsch-französischen Bestrebungen, einen von ihnen dominierten europäischen Rüstungskomplex aufzubauen.<sup>3</sup> Ein Scheitern im Haushaltsausschuss hätte zur Folge gehabt, dass sich das FCAS erheblich verzögert oder sogar vor dem Scheitern gestanden hätte.<sup>4</sup> Denn das Großprojekt ist keineswegs bereits in trockenen Tüchern – mit einem Erstflug wird nicht vor 2035 und mit der Auslieferung erst ab 2040 gerechnet und bis dahin kann noch viel schiefgehen: So knirscht es zwischen den beiden Führungsnationen Deutschland und Frankreich ganz erheblich, auch wenn es Mitte April 2021 zu einer – vorläufigen – Einigung gekommen ist. Außerdem sitzt dem Vorhaben mit dem „Tempest“ auch ein durchaus aussichtsreiches europäisches Konkurrenzprojekt im Nacken, das eine ernste Bedrohung für das Vorhaben darstellt. Doch allein schon aufgrund der mit dem Projekt verwobenen industriellen und militärischen Interessen gilt das FCAS als „too big to fail“, wie es die Regierungsberater der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ formuliert haben.<sup>5</sup> Hier lag auch der Grund, dass insbesondere die SPD trotz mannigfaltiger Kritik der Freigabe der FCAS-Gelder am 23. Juni 2021 zustimmte, obwohl den Abgeordneten noch nicht einmal ein endverhandelter Vertrag vorlag.

Besonders die französische Seite hatte Druck gemacht und sie erwartet weiter, dass Deutschland in mindestens vier Bereichen seine Hausaufgaben macht, um dem FCAS auch künftig den Weg zu ebnen: In der Frage der Rüstungsexporte, bei der Integration bewaffneter Drohnen, insbesondere der Eurodrohne, bei der Ausblendung sämtlicher ethischer Bedenken gegenüber dem FCAS als wichtigem Schritt zur KI-Automatisierung des Krieges und schließlich bei der langfristigen Sicherung der Projektfinanzierung. In allen vier Bereichen scheint Deutschland gewillt zu sein, zu „liefern“. Besonders in der Finanzierungsfrage ging es dabei teils überaus ruppig zu – dabei landete Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer einen Coup, indem sie die FCAS-Gelder zwar beantragte, gleichzeitig aber angab, dafür sei im Militärhaushalt kein Spielraum vorhanden. Damit setzte sie den Bundestagsabgeordneten die Pistole auf die Brust, indem sie drohte das Projekt gegen die Wand zu fahren, sollte ihr Haushalt nicht deutlich erhöht werden – und genau dieser Erpressung gaben die Parlamentarier dann auch noch nach. Augenscheinlich war der „Druck auf die deutsche Regierung [...] immens“, wie die [Internationale Politik](#), das Zentralorgan des außenpolitischen Establishments im Lande, unterstrich: „Strategisch gesehen wird das Luftkampfsystem der Zukunft der Testfall schlechthin für eine europäische Sicherheitspolitik sein. [...] FCAS war von Beginn an eher ein politisches denn ein militärisches Konzept,

und vielleicht liegt darin ein Geburtsfehler. [...] FCAS ist keine freiwillige Industriekooperation, sondern ein Projekt der politischen Machtzentren in Paris und Berlin.“<sup>6</sup>

### Atomares KI-Luftkampfsystem

Beim FCAS handelt es sich um ein Verbundsystem mit drei wesentlichen Komponenten: Im Zentrum steht ein neues Kampfflugzeug der 6. Generation (Next Generation Fighter, NGF), das von bewaffneten und unbewaffneten Drohnen (Remote Carrier, RC) begleitet werden soll. Als dritter Bestandteil soll schließlich eine Netzwerkplattform (Air Combat Cloud, ACC) den geschützten Austausch von Daten zwischen NGF, RC und anderen Systemen gewährleisten und so die einzelnen Elemente miteinander verknoten.

Mit einiger Sicherheit ist davon auszugehen, dass das künftige Kampfflugzeug nicht nur über eine Tarnkappenfähigkeit verfügen wird, sondern auch atomwaffenfähig sein dürfte, schließlich handelt es sich für Frankreich hierbei um eine absolute „Kernkompetenz“.<sup>7</sup> Im Raume steht sogar, dass der Kampfjet selbst unbemannt sein könnte, auf alle Fälle sollen es aber die Begleitsysteme sein, die Kombination aus NGF und RC ergibt dann ein System unter der Bezeichnung „Next Generation Weapon System“ (NGWS).<sup>8</sup>

Im schlechtesten Sinne zukunftsweisend soll das FCAS durch den massiven Einsatz von Künstlicher Intelligenz werden – im Fachblatt „Europäische Sicherheit und Technik“ heißt es dazu: „Die im gesamten Wirkungsbereich der Cloud anfallenden Datenmengen werden so groß sein, dass das Ziel, die richtige Information zur rechten Zeit an den richtigen Nutzer zu bringen und ein umfassendes, domänen-übergreifendes an die jeweilige Führungsebene angepasstes Lagebild zu generieren, mit herkömmlichen Mitteln nicht erreicht werden kann. Daher ruhen große Hoffnungen auf dem Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI), die unter anderem mit neuartigen für maschinelles Lernen und automatisierte Kooperation optimierten Algorithmen die Identifikation, Verarbeitung, Verteilung und Darstellung der für eine Operation relevanten Daten auf das erforderliche Niveau bringen soll.“<sup>9</sup>

Hierüber will man sich an die Spitze der neuen High-Tech-Kriegführung setzen, weshalb Luftwaffen-Inspekteur Ingo Gerhartz bei einer Tagung des „Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie“ (BDLI) Ende Januar 2021 dem FCAS einen hohen militärischen „Wert“ beimaß: „Das tri-nationale FCAS-Projekt ist ein starkes europäisches Signal. FCAS bedeutet Zukunft für die Luftwaffe. Mit dem Next Generation Weapon System innerhalb des Future Combat Air Systems werden wir in zukünftigen Szenarios bestehen und unseren Auftrag im Jahr 2040+ verlässlich erfüllen. Uns kommt es darauf an, dass wir Zukunftstechnologien nutzen, um den operationellen Notwendigkeiten der Zukunft gerecht zu werden.“<sup>10</sup>

### Meilenstein: Aus Millionen werden Milliarden

Auf den Weg gebracht wurde das FCAS beim Treffen des deutsch-französischen Ministerrates 2017, bei dem auch andere wichtige Weichenstellungen in Sachen Militarisierung der Europäischen Union erfolgt waren.<sup>11</sup> In einem nächsten wichtigen Schritt unterzeichneten die beiden damaligen Verteidigungsministerinnen Ursula von der Leyen und Florence Parly im Februar 2019 einen Auftrag über 65 Mio. Euro (jeweils 32,5 Mio. für beide Länder) für die Erstellung einer ersten Konzeptstudie.

Im Februar 2020 wurde dann ein Vertrag unterzeichnet, mit dem das Projekt offiziell in Phase 1A eintrat und weitere 150 Mio.

## Future Combat Air System: Aufteilung der Profite

Säule	Flugzeug	Triebwerk	Drohnen	Cloud	Simulation	Sensorik	Tarnung
Hauptentwickler	Dassault (F)	Safran (F)	Airbus (D)	Airbus (D)	Keine Führung	Indra (S)	Airbus (S)
Beteiligte Partner	Airbus (D) Airbus (S)	MTU (D) ITP (S)	MBDA (D) MBDA (F) Satnus (S)	Thales (F) Indra (S)	Airbus (D) Dassault (F) Indra (S)	FCMS (D) Thales (F)	Airbus (D) Dassault (F)

Quelle: Dominic, Vogel: Future Combat Air System: Too Big to Fail, *SWP-Aktuell* Nr. 98, Dezember 2020. FCMS ist ein Konsortium aus Hensoldt, Diehl, ESG sowie Rohde & Schwarz. Für den Triebwerksbereich ist in Verhandlung, die Führung zwischen Safran und MTU zu teilen.

Euro (jeweils 77,5 Euro von Deutschland und Frankreich) bewilligt wurden. Damit wurde der Startschuss für die Entwicklung eines Demonstrators gegeben, mit dem die grundsätzliche Machbarkeit des ambitionierten Systems unter Beweis gestellt werden soll. Am 23. Juni 2021 wurden vom Bundestag die Gelder für die Projektphase 1B freigegeben, wobei lange tunlichst vermieden wurde, diese mit einem Preisschild zu versehen. Die konkrete Summe stehe „im Moment noch nicht fest“, merkte der CSU-Abgeordnete Reinhard Brandl noch im Januar 2021 an.<sup>12</sup> Allerdings war früh klar, dass der Übergang von Phase 1A zu 1B der Schritt wäre, bei dem es nun nicht mehr um „wenige Millionen“ Euro, sondern um „Milliarden“ gehen würde, versicherte der bei Airbus für das FCAS zuständige Bruno Fichereux schon Ende letzten Jahres.<sup>13</sup>

Die nun anstehende Projektphase 1B reicht bis 2024 und soll in Phase 2 übergehen, die in die für 2027 vorgesehene Fertigstellung eines Prototyps münden soll. Beantragt wurde beim Bundestag ein deutscher Anteil von rund 4,5 Mrd. Euro<sup>14</sup> für die Projektphasen 1B und 2. Ursprünglich hätten die Gelder für Phase 2 automatisch freigegeben werden sollen, sobald diverse in Phase 1B erarbeitete „Qualitätskriterien“ erfüllt worden wären. Nun ist eine erneute Zustimmung des Haushaltsausschusses erforderlich. Faktisch haben die Abgeordneten dabei die Katze im Sack gekauft, da der Bundesrechnungshof *kritisierte*, dass zum Zeitpunkt der Abstimmung „weder die Konzeptstudie noch die Phase 1A bisher beendet werden konnten und abschließende Ergebnisse insofern nicht vorliegen.“ Ferner könnten die Abgeordneten überhaupt nicht wissen, über was sie abstimmen würden, schließlich konnte „dem Parlament noch kein endverhandeltes Vertragswerk vorgelegt werden“. Deshalb schlussfolgerte der Rechnungshof, das Projekt sei „mit sehr großen Risiken behaftet“.<sup>15</sup>

Den ohnehin leider üblichen Kostensteigerungen bei Großprojekten wird somit sehenden Auges Tür und Tor geöffnet – und das, obwohl die Schätzungen bereits jetzt mehrmals nach oben korrigiert wurden. So fand sich als die Finanzierung der FCAS-Konzeptstudie anstand, in der Vorlage des Verteidigungsministeriums für den Haushaltsausschuss folgende Teilkostenprognose: „Nach einer ersten groben Abschätzung Frankreichs beträgt der Bedarf für die Technologiereifmachung und -demonstration bis 2030 insgesamt rund 8 Milliarden Euro.“<sup>16</sup> Diese Schätzung wurde augenscheinlich aber bereits wieder einkassiert: Zunächst war die Rede von insgesamt 9 Mrd. Euro allein bis 2027<sup>17</sup>, die aber laut einem ZDF-Bericht vom 15. Juni 2021 auch schon wieder nach oben angepasst wurde: „Das Projekt wird schon in seiner Anfangsphase mehr Geld kosten als von vielen erwartet. Das Bundesfinanzministerium (BMF) bittet die Haushälter um Zustimmung für einen Gesamtbedarf bis 2027 über rund 4,5 Milliarden Euro. Das Geld ist bislang im Haushalt so nicht ein-

geplant, käme sozusagen ‚on top‘ und müsste extra genehmigt werden. Da die drei beteiligten Staaten sich die Kosten teilen, bedeutet das: Schon in der Frühphase kostet die Entwicklung des neuen europäischen Kampffjets über 13 Milliarden Euro.“<sup>18</sup>

Die gesamten Entwicklungskosten lassen sich kaum seriös abschätzen, in einem Dokument der französischen Nationalversammlung werden sie reichlich vage auf 50 bis 80 Mrd. Euro taxiert.<sup>19</sup> Auf noch einmal ganz andere Beträge wird der schlussendliche Gesamtumfang des Projekts vom Airbus-Betriebsrat geschätzt: „Deutschland, Frankreich und Spanien wollen zusammen das zukünftige Luftkampfsystem FCAS entwickeln – ein Hochtechnologieprojekt, das bis zu seiner geplanten Inbetriebnahme 2040 eine enge Zusammenarbeit erfordert. Mit einem Volumen von 300 Milliarden Euro ist es das größte Verteidigungsprojekt der kommenden Jahre – und damit zugleich auf absehbare Zeit eines der größten industriepolitischen Projekte in Europa.“<sup>20</sup>

### Schlüsselprojekt in deutsch-französischer Hand

Es liegt auf der Hand, dass beim FCAS mit Summen hantiert wird, die maßgeblich die künftige Architektur der Branche in Europa mitbestimmen dürften. Seit einigen Jahren arbeiten Deutschland und Frankreich am Aufbau eines von ihnen geführten europäischen rüstungsindustriellen Komplexes, wobei die Auflage europaweiter Großprojekte eine Schlüsselrolle spielt. Nicht zuletzt geht es dabei darum, die kritische Größe zu erreichen, um sich von den USA freischwimmen zu können (und ihren Konzernen auf dem Weltmarkt Konkurrenz zu machen) – ein Ziel, das derzeit meist etwas freundlicher unter dem Begriff der „Strategische Autonomie“ daherkommt.

Das FCAS spielt in diesen Bestrebungen eine zentrale Rolle, wie zum Beispiel Claudia Major von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) und Christian Mölling von der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ (DGAP) unterstreichen: „Die militärische Luftfahrt ist die Schlüsselindustrie – hinsichtlich Umsatz und Innovationsleistung. Deutschland und Frankreich bewahren Europa mit dem Projekt die Möglichkeit, eine eigenständige Rüstungsindustrie zu erhalten und nicht von US-Firmen abhängig zu werden. Die Realisierung der europäischen Autonomie rückt damit ein bisschen näher. [...] Das deutsch-französische Projekt ist nicht nur ein Bekenntnis zu Europa, sondern auch eine doppelte Absage: an die USA und an Großbritannien. An die USA, weil der Bau eines europäischen Kampfflugzeugs bedeutet, dass Paris und Berlin, und hoffentlich noch viele andere Europäer, die sich dem Projekt anschließen, eben kein US-Produkt kaufen werden. [...] Paris gibt mit der Entscheidung London einen Korb, weil es an einem der wichtigsten Europäischen Projekte der kommenden Jahrzehnte wohl nicht





Tempest-Modell. Quelle: Swadim, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons

beteiligt sein wird, und das obwohl sich London als traditionelle Militärmacht und privilegierter Partner Frankreichs sieht.<sup>21</sup>

Ganz ähnlich betonte auch CDU-MdB Thomas Jarzombek, Koordinator der Bundesregierung für die Deutsche Luft- und Raumfahrt die Bedeutung des Projektes: „Das Future Combat Air System FCAS ist ein Schlüsselprojekt für die Zukunft der deutschen Luftfahrtindustrie. Es ist mitentscheidend für die künftige Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und seiner europäischen Partner und Beweis der Leistungsfähigkeit der Luftfahrtindustrie in Europa. FCAS leistet außerdem einen wichtigen Beitrag zu einer weiteren Integration im Bereich der europäischen Verteidigung. Es ist sinnvoll und richtig, dass in Europa die Systeme gemeinsam entwickelt werden, anstatt dass es jeder für sich alleine macht. Wir werden genau darauf achten, dass es hier eine Partnerschaft auf Augenhöhe gibt.“<sup>22</sup>

Auf Augenhöhe befinden sich in dem Projekt aber allenfalls Deutschland und Frankreich und dementsprechend trägt das Projekt auch ganz die Handschrift dieser beiden Länder, die eifersüchtig darauf bedacht waren, zunächst sämtliche wesentlichen Entscheidungen im Alleingang zu bestimmen, bevor andere Länder ins Bezahlboot geholt werden sollten. Im Falle des FCAS trat Spanien zwar im Februar 2019 bereits kurz nachdem die Konzeptstudie auf den Weg gebracht wurde offiziell dem Programm bei, hatte aber auch danach faktisch kaum etwas zu sagen. Recht humorlos beschrieben die Regierungsberater der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ die spanische Rolle als Juniorpartner mit folgenden Worten: „Deutschland und Frankreich spielen in den Entwicklungsfeldern die Schlüsselrollen; Spanien ist dieser Organisation spät beigetreten. Möglichkeiten der Beteiligung für spanische Unternehmen ergeben sich zum einen aus noch entstehenden Lücken, die sinnvoll zu besetzen sind, zum anderen aus industriepolitischen Interessen.“<sup>23</sup>

Und so kommt es auch, dass die wesentlichen Entscheidungen über die Architektur des Systems wie auch über die involvierten Unternehmen in Paris und Berlin getroffen wurden. Deshalb müssen sich spanische Unternehmen, wie von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ bereits angedeutet, auch mit den Bröseln begnügen, die bei dem Projekt abfallen. Dabei sollen der Kampfjet und die Triebwerke unter französischer Führung stehen (Dassault bzw. Safran), während für Deutschland die Drohnen und die Combat Cloud abfallen (beides Airbus Defence & Space). Für spanische Unternehmen bleiben Sensorik und Tarnung (Indra Sistemas und Airbus Esp).

In der nun anstehenden Projektphase 1B sollen Spanien weiter integriert und auch zusätzliche Partner ins FCAS-Boot geholt werden. Ob der Andrang allerdings allzu groß sein wird, solange Paris und Berlin darauf beharren, alle Zügel, Profite und Zugriffsmöglichkeiten so weit als möglich in der Hand zu behalten, dürfte fraglich sein.

### Tempest-Konkurrenz

Nicht wenige Länder sind nicht sonderlich erfreut über die deutsch-französischen Versuche, wesentliche Pflöcke für eine künftige europäische rüstungsindustrielle Landschaft im Alleingang einschlagen zu wollen. So kritisierte Alessandro Marrone von der italienischen Denkfabrik IAI das Gebaren der beiden Länder mit folgenden Worten: „Die aktuelle Trennung zeugt davon, dass Paris der Auffassung ist, es könne eine strategische Industriepolitik im Rüstungssektor bilateral mit Berlin betreiben. Aber dies wird dann wiederum nicht zu einer wirklichen europäischen Zusammenarbeit führen, weil andere wichtige Länder wie Italien und Schweden bessere Alternativen finden können.“<sup>24</sup>

Die hier angedeutete Alternative existiert natürlich bereits: der

britische „Tempest“ („Sturm“). Für dessen Entwicklung begann sich zuerst Italien zu interessieren, dann sprang auch Schweden mit auf, sodass die drei Länder Ende 2020 eine Gemeinsame Absichtserklärung („Memorandum of Understanding“) zum Bau des Kampffjets unterzeichneten. Der Tempest hat sich mehr und mehr zu einer ernstesten Konkurrenz für das FCAS gemauert, denn die Realisierung zweier so kostspieliger Großprojekte erhöht das ohnehin beachtliche Risiko und die Entwicklungskosten für die einzelnen Akteure noch einmal deutlich: „Eine Zersplitterung der europäischen Rüstungsindustrie durch zwei Projekte dieser Größenordnung – Tempest und FCAS – ist nicht zielführend. Keines der beiden Projekte alleine kann eine vernünftige Stückzahl erreichen. Eine Kooperation auf gesamteuropäischer Ebene wäre sicher sinnvoll, wird aber derzeit bislang nicht angestrebt, und die heute benutzte Rhetorik zeigt auch keine Anzeichen für eine Kooperationsbereitschaft.“<sup>25</sup>

Die damit vorgeschlagene Fusion beider Projekte wird zwar immer wieder gefordert, dabei wird aber viel davon abhängen, inwieweit Deutschland und Frankreich bereit sein werden, Einfluss und Profite des Projektes unter den Interessenten aufzuteilen. Bislang scheint die Motivation dazu noch vergleichsweise begrenzt zu sein.

### French Combat Air System?

Auch von anderer Seite droht dem FCAS ungemacht: So sind sich Deutschland und Frankreich zwar völlig darüber einig, dass sie beide das größte Stück vom Kuchen haben sollen. Damit enden aber die Gemeinsamkeiten und gehen ein ums andere Mal in ein Hauen und Stechen um die jeweiligen konkreten Anteile über. Paris hat dabei den Verdacht, der „Partner“ sei vor allem darauf erpicht, sich das technologische Know-How unter den Nagel zu reißen: „Dassault hält sich für das einzige Unternehmen Europas, das ohne Hilfe ein modernes Kampfflugzeug bauen kann. Airbus beherrsche wichtige Bestandteile wie die Flugsteuerung oder die Tarnkappen-Technologie nicht. «Dassault hat möglicherweise den Eindruck, dass sie beim FCAS mehr zu verlieren als zu gewinnen haben», erläutert der französische Verteidigungsexperte Jean-Charles Larssonneur. Auch einige Militärs und Experten fürchteten, technologisches Wissen zu verschleiern für ein Projekt, das in ein paar Jahren scheitern könnte.“<sup>26</sup>

Umgekehrt beklagt sich die deutsche Seite lautstark darüber, sie drohe bei der Vergabe der Pfründe zu kurz zu kommen. So brachte die rüstungsnahe Internetseite [hartpunkt.de](http://hartpunkt.de) den deutschen Ärger mit folgenden Worten auf den Punkt: „Frankreich, das die Führung bei FCAS übernommen hat, schultert die gleiche Last. [...] In Industriekreisen wird diese Konstellation mitunter als ‚schwerer Geburtsfehler‘ bezeichnet. Aufgrund der Dominanz des Nachbarlandes in dem Projekt heißt es hinter vorgehaltener Hand auch schon mal, FCAS stehe für French Combat Air System.“<sup>27</sup>

Vor diesem Hintergrund wird von deutscher Seite wenig subtil stets betont, das Projekt müsse unbedingt „auf gleicher Augenhöhe“ durchgeführt werden. So etwa in Person von Kanzlerin Angela Merkel anlässlich der Pressekonferenz zum Treffen des Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates am 5. Februar 2021: „Wir wissen, dass dies ein Projekt unter französischer Führung ist. Aber es soll ein Projekt sein, das beide Länder auf Augenhöhe betrachtet. Hierbei gibt es natürlich eine Vielzahl von Fragen zu klären: Welche Rolle spielt welches Unternehmen? Wie steht es mit den Fragen des geistigen Eigentums? Wie wird die Arbeit aufgeteilt?“<sup>28</sup>

Der Knackpunkt ist aus deutscher Sicht die Sorge, dass Frankreich bzw. Dassault durch die Führung beim FCAS-Filetstück, dem Kampfflugzeug, das dabei entwickelte Know-How monopolisieren könnte. Öffentlichkeitswirksam wurde in diesem Zusammenhang der Airbus-Betriebsrat mit einer Erklärung Mitte Februar 2021 nach vorne geschickt, die in den deutschen Medien breite Beachtung fand: „Dreh- und Angelpunkt des FCAS ist ein neues europäisches Kampfflugzeug („New Generation Fighter“), das als Nachfolger des Eurofighter und der französischen Rafale vorgesehen ist. Derzeit ist nur ein Demonstrator geplant, der bei Dassault in Frankreich auf Rafale-Basis entwickelt und gebaut werden soll. Damit würde die Luftfahrtindustrie inklusive der Zulieferbetriebe in Deutschland kurzfristig ins Abseits gestellt, langfristig wäre dies wohl das Aus der Branche in unserem Land.“<sup>29</sup>

Auch aus der Bundeswehr selbst kam eine ähnliche Kritik, verbunden mit Beschwerden über den französischen Projektpartner, aus der auch hervorging, weshalb den Bundestagsabgeordneten kein endverhandelter Vertrag zur Abstimmung vorgelegt werden konnte: „Das Vorzeigeprojekt für einen gemeinsamen europäischen Kampffjet stößt laut ‚Spiegel‘ auf Vorbehalte. In einer geheimen Stellungnahme für das Verteidigungsministerium kommen Experten des Koblenzer Beschaffungsamts der Bundeswehr zu dem Schluss, dass der Vertrag mit Frankreich und Spanien ‚aus technisch-wirtschaftlicher Sicht nachverhandelt werden muss‘, wie das Nachrichtenmagazin berichtet. In seiner jetzigen Form halten die Experten den Vertrag für ‚nicht zeichnungsreif‘. [...] Nach Auffassung der Experten werden mit dem Vertrag ‚Strukturen und Regeln‘ fortgeschrieben, die ‚nicht im deutschen Interesse sind und nahezu ausschließlich französischen Positionen genügen‘, zitiert der ‚Spiegel‘ weiter aus dem Bericht. Damit sei die ‚französische Dominanz im Programm sehr stark verankert‘.“<sup>30</sup>

Der Streit soll zwischenzeitlich so heftig geworden sein, dass ernsthaft spekuliert wurde, das Projekt stehe kurz vor dem Aus. In der französischen Zeitung Les Echos wurde noch im Februar 2021 berichtet, die Gräben seien inzwischen so groß, dass ein aktueller Krisengipfel womöglich den letzten Versuch darstelle, das Projekt noch zu retten: „In der Region Paris beginnt eine Klausurtagung mit den Chefs der großen Rüstungskonzerne in der Hoffnung, die vielen Unstimmigkeiten zu klären, die noch auf dem Projekt Future Air Combat System (FACS) lasten. Arbeitsteilung, Führung, geistige Eigentumsrechte, Frankreich, Deutschland und Spanien mischen die Karten neu. [...] Nach wochenlangen ergebnislosen Diskussionen über die Arbeitsteilung beim künftigen Luftkampfsystem (FCAS), das in den 2040er Jahren die Rafale und Eurofighter ablösen soll, ist dies ein letzter Versuch der Schlichtung. Mit oder ohne weißen Rauch am Ausgang.“<sup>31</sup>

Mitte April 2021 hieß es dann allerdings, beide Seiten (von Spanien ist tatsächlich so gut wie nie die Rede) hätten sich auf einen Kompromiss geeinigt: „Die industriellen Partner für das milliardenschwere deutsch-französische Rüstungsprojekt eines neuen Kampfflugzeugs haben sich dem Hersteller Dassault zufolge auf eine Lastenteilung geeinigt. Dies teilte der Chef von Dassault Aviation, Éric Trappier, am Dienstag in Paris mit. ‚Das war schwierig‘, sagte Trappier, der auch Vorsitzender des französischen Branchenverbands Gifas ist. Dassault ist gemeinsam mit dem Airbus-Konzern bei dem Milliardenvorhaben federführend.“<sup>32</sup>

Die weiter vorhandenen Konflikte wurden damit aber nur notdürftig und vorläufig übertüncht. Dennoch scheinen die mit dem FCAS zusammenhängenden „geo-europäischen“ Interessen dem



Projekt erheblichen Rückenwind zu verleihen, wie unter anderem die gewöhnlich gut informierten Griephan-Briefe pointiert auf den Punkt brachten: „Wenige Eingeweihte haben sich von der vermeintlichen ‚Augenhöhe‘ zwischen Paris und Berlin beim gemeinsamen Projekt ‚Künftiges Kampfflugzeug‘ blenden lassen. Hinter der Pappmarchékulisserie der öffentlichen Umarmung war immer klar, dass die Wirklichkeit eine andere ist. [...] Es war von Anfang an klar, dass die Bundeskanzlerin aus geo-europäischen Gründen der Alimentierung des nächsten französischen Kampfflugzeuges, nuklear bestückt und fähig, auf einem Flugzeugträger zu landen, zugestimmt hat: Die Luftwaffe wird aus politischen Gründen eine Rafale plus fliegen.“<sup>33</sup>

Generell scheint Deutschland gewillt zu sein, in einer Reihe von Bereichen, die der französischen Seite Bauchschmerzen bereiten, nahezu sämtliche Hürden (und Bedenken) aus dem Weg zu räumen: Erstens die Frage künftiger Exporte des Systems; zweitens die deutsche Debatte um Kampfdrohnen; drittens mögliche Einschränkungen durch wie auch immer geartete ethische Bedenken; und viertens der fehlende langfristige Finanzrahmen des Projektes. Allerdings ist Deutschland sichtlich bemüht, die diesbezüglichen Bedenken aus dem Weg zu räumen.

### Deutschland liefert I: Freie Bahn für Rüstungsexporte

Was den Export künftiger FCAS-Systeme anbelangt, ist es weitgehend unumstritten, dass diese für die Realisierungschancen des Projektes von zentraler Bedeutung sein werden. So äußerte sich etwa die französische Botschafterin in Deutschland, Anne-Marie Descôtes: „Der europäische Markt allein reicht nicht aus, um die großen deutsch-französischen und europäischen Ausrüstungsvorhaben wirtschaftlich tragfähig zu machen, wie den neuen deutsch-französischen Kampfpanzer oder die nächste Generation von Kampfflugzeugen.“<sup>34</sup>

Auch aufseiten der deutschen Industrie wird dies ziemlich exakt genauso gesehen. Tom Enders etwa, bis Frühjahr 2019 Chef von Airbus und heute Präsident der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“, gab zu Protokoll: „Wie will Europa global mithalten, wenn wir weiter wichtige Ressourcen

damit verschwenden, vieles doppelt und dreifach zu entwickeln, während gemeinsame Projekte beispielsweise durch nationale Exportrichtlinien ausgebremst werden? Das ist die Gretchenfrage für die Zukunft der europäischen Rüstungsindustrie: Ohne die Fähigkeit zum Export werden Großprogramme – wie etwa das europäische Luftkampfsystem FCAS – nicht die Stückzahlen erreichen, um zu wettbewerbsfähigen Kosten zu produzieren.“<sup>35</sup>

Auch der Politik ist an möglichst laxen Exportbestimmungen allein schon deshalb gelegen, weil hohe Stückzahlen – zumindest in der Theorie – zu niedrigeren Stückpreisen und damit einer Senkung der eigenen Anschaffungskosten führen. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht allzu sehr, dass mit einem im Oktober 2019 unterzeichneten Zusatzabkommen zum sogenannten Aachener-Vertrag faktisch ein Blankoscheck für den hemmungslosen Verkauf von Großprojekten wie dem FCAS erteilt wurde – Exporte können nur in absoluten Ausnahmefällen blockiert werden: „Eine Vertragspartei widerspricht einer von der anderen Vertragspartei beabsichtigten Verbringung oder Ausfuhr an Dritte nicht, außer in dem Ausnahmefall, in dem ihre unmittelbaren Interessen oder ihre nationale Sicherheit dadurch beeinträchtigt würden.“<sup>36</sup> Dieser Passus gilt für sämtliche Kooperationsprojekte, welche aber ganz besonders dabei im Hinterkopf waren, wird auch explizit in dem Abkommen aufgeführt: „Die in diesem Artikel bezeichneten Grundsätze gelten für alle regierungsseitigen Gemeinschaftsprojekte und ihre Untersysteme, einschließlich der Gemeinschaftsprojekte für die Systeme Next Generation Weapon System (NGWS) und Main Ground Combat System (MGCS).“<sup>37</sup>

### Deutschland liefert II: Entwicklung von Kampfdrohnen

Der zweite Bereich, den die französische Seite sehr kritisch beäugt, ist die deutsche Kampfdrohnen-Debatte. Besonders nachdem die SPD die Entscheidung über die Bewaffnung der Heron-TP-Drohnen Ende 2020 bis auf Weiteres auf Eis gelegt hatte, bestand zumindest kurzfristig die Hoffnung, auch die Gelder für den Bau einer bewaffneten Eurodrohne könnten eingefroren werden. In diesem Zusammenhang ist dies insofern



Die Eurodrohne soll eine wichtige Rolle beim FCAS spielen. Bild: Anna Zvereva, CC BY-SA 2.0



Screenshot von der Internetseite der FCAS-Technik AG

von Bedeutung, weil die Eurodrohne als ein wichtiger Teil des FCAS fungieren soll, weshalb etwa der frühere Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels (SPD) seine Partei vor einer Blockade warnte: „In den ersten Monaten dieses Jahres sollen die zuständigen Bundestagsausschüsse auch einem weit größeren und wichtigeren Drohnenprojekt zustimmen: der Entwicklung und Beschaffung von 21 Exemplaren der Eurodrohne, des Resultats eines Gemeinschaftsprogramms von Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien unter Federführung der deutschen Airbus-Rüstungssparte [...] – eine echte Allzweck-Kampfdrohne also, einsatzbereit ab 2028. [...] Mit einer Hängepartie bei der Eurodrohne stünde allerdings auch das Superprogramm «Future Combat Air System» («FCAS») infrage.“<sup>38</sup>

Wie allerdings zu befürchten war, knickte die SPD hier ohnehin schnell ein und machte in der Kabinettsitzung am 3. Februar 2021 den Weg zur Freigabe der Eurodrohngelder frei. Im Ergebnispapier der Koalitionspartner hieß es: „Die Eurodrohne ist ein primär als Aufklärungssystem konzipiertes, multinationales Gemeinschaftsprojekt gemeinsam mit Frankreich, Italien und Spanien. Die Koalitionspartner vereinbaren, die notwendigen Beschlüsse herbeizuführen, damit die Verträge zur Entwicklung und Beschaffung der Eurodrohne wie geplant im März unterzeichnet werden können. Der Industrievertrag umfasst keine Bewaffnung der Eurodrohne.“<sup>39</sup>

Die auf Drängen der SPD aufgenommenen Signalwörter „Aufklärungssystem“ und „keine Bewaffnung“ sind aber leider Augenwischerei – allen verbalen Klimmzüge zum Trotz, die Eurodrohne ist und bleibt eine Kampfdrohne.<sup>40</sup> Selbst wenn Deutschland die Eurodrohne auch später nicht bewaffnen sollte, was ohnehin zweifelhaft ist, andere Länder werden es sicherlich tun, wie der Drohnenexperte Matthias Monroy kritisierte: „Später könnten weitere Regierungen die ‚Eurodrohne‘ in größerer Stückzahl kaufen, die Länder Belgien, Finnland, die Niederlande, Polen, Portugal und Ungarn sind laut der Bundesregierung Beobachter des Projekts. [...] Die Abstimmung zur Serienproduktion der ‚Eurodrohne‘ ist deshalb von einer kaum überschaubaren Tragweite. Auch wenn der Bundestag in einigen Jahren keine Zustimmung zu ihrer Munitionierung erteilt, würden absehbar zahlreiche andere EU-Mitgliedstaaten die mit deutschen Steuergeldern entwickelte ‚Eurodrohne‘ beschaffen

und bewaffnen. Die SPD steht also [...] vor der Entscheidung, ob sie das Schleusentor für die Herstellung und Verbreitung einer EU-Kampfdrohne öffnen möchte.“<sup>41</sup>

Hinzu kommt noch, dass das Eurodrohnenprojekt kaum kalkulierbare Risiken in sich birgt: Die Hersteller rechneten ursprünglich mit einem Preis von 10 Mrd. Euro für die bestellten 21 Systeme (à 3 Drohnen).<sup>42</sup> Im Laufe der Verhandlungen ließen sie sich im Preis zwar deutlich drücken, doch dies wurde buchstäblich teuer erkaufte. So kritisierte das SPD-Finanzministerium in einem Schreiben von Finanzstaatssekretärin Bettina Hagedorn, in ihrem Hause würden „auch nach Austausch mit dem Verteidigungsministerium erhebliche Bedenken an der Beschaffungsmaßnahme verbleiben.“<sup>43</sup> Um die Auftragnehmer, Airbus, Dassault und Leonardo, von ihren Preisvorstellungen abzubringen, sollen die staatlichen Verhandlungsführer zahlreiche obligatorische Absicherungen gekippt haben: „So erließen sie den Unternehmen, die die ‚Eurodrohne‘ liefern sollen, umfangreiche Haftungsbeschränkungen und gewährten Haftungsfreistellungen. Selbst die Gewährleistungspflicht der Unternehmen soll nur zwölf statt wie sonst üblich 24 Monaten gelten. [...] Besonders pikant: Die Auftragnehmer können laut Vertrag die Arbeit einstellen, sobald 110 Prozent der vereinbarten Kosten angefallen sind. Darüber hinaus gehende Kostenrisiken in der Entwicklung oder dem Bau der Drohnen, wie sie bei solchen Großprojekten nicht unüblich sind, liegen bei den auftraggebenden Staaten.“<sup>44</sup>

Trotz all dieser Bedenken – unter anderem aus dem von ihr geführten Finanzministerium – stimmte die SPD am 14. April 2021 für die Freigabe der Eurodrohngelder. Zur Verfügung stehen nun ein deutscher Anteil von 3,8 Mrd. Euro für 7 Systeme (à 3 Drohnen) bei einer Gesamtsumme von 7,6 Mrd. Euro.<sup>45</sup> Die Kaltschnäuzigkeit, mit der alle Probleme der Eurodrohne ignoriert wurden, hängt sicherlich auch mit ihrer zentralen Rolle für das noch einmal mehrere Preisklassen darüber angesiedelte FCAS zusammen.<sup>46</sup> Kurz nach der Zustimmung zur Eurodrohne twitterte zum Beispiel die BDLI-Pressesprecherin Cornelia von Ammon begeistert: „Ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu #FCAS und ein entscheidender Baustein für die strategische Autonomie Europas: Der Beschluss zur #Eurodrohne unterstreicht die Bedeutung der europäischen Souveränität auch für Deutschland.“<sup>47</sup>

## Deutschland liefert III: Die Sache mit der Ethik

Wie bereits angedeutet, sollen Künstliche Intelligenz und damit ein hoher Grad an Automatisierung beim FCAS eine zentrale Rolle spielen. Auch wenn in diesem Zusammenhang permanent betont wird, die letzte (Tötungs-)Entscheidung werde immer bei einem Menschen liegen, ist das Augenwischerei: Die Vorgänge werden in einem Tempo ablaufen, dass es Menschen nicht mehr möglich sein wird, im gebotenen Zeitrahmen überhaupt noch irgendetwas abzuwägen – ergo wird dann schlicht dem Vorschlag der KI entsprechend eine Freigabe erteilt werden.<sup>48</sup> Aus diesem Grund warnten auch vier KI-ForscherInnen in einem offenen Brief vor den Konsequenzen einer Zustimmung zum FCAS: „Während KI Algorithmen in einer Vielzahl ziviler Anwendungen Menschen helfen können, ist deren Anwendung in militärischen Bereichen unverantwortlich. Zwar können moderne KI Algorithmen aus Daten ‚lernen‘, aber nicht im menschlichen Sinn. Sie verfügen über keine moralische Vorstellung, keinen eigenen Willen, keine Möglichkeit einer aus Vernunft begründeten Entscheidung. Mit der voranschreitenden Automatisierung der Kriegsführung wird die Möglichkeit zur bewussten Verweigerung und Beendigung der Gewalt durch den Menschen sukzessive reduziert, die Schwelle zum Angriff und einem vorprogrammierten Gegenangriff gesenkt.“<sup>49</sup>

Natürlich sind sich auch die mit der Thematik befassten Unternehmen völlig über die KI-Thematik im Klaren, was für sie insofern ein Problem darstellt, da – nicht zuletzt in Deutschland – eine große Skepsis gegenüber der zunehmenden Automatisierung des Krieges zu verzeichnen ist. Aus diesem Grund hat man sich für eine Art Vorwärtsverteidigung entschieden und 2019 die „AG Technikverantwortung für ein FCAS“ ins Leben gerufen. Gegründet wurde sie ausgerechnet vom „Fraunhofer-Institut für Kommunikation, Informationsverarbeitung und Ergonomie“ (FKIE) und von „Airbus Defence and Space“ (ADS): „Gemeinsam erarbeiten sie [FKIE und ADS] technologische Grundlagen für FCAS“, heißt es in einer FKIE-Pressemitteilung, dabei „entstand der Gedanke, die Operationalisierung ethischer und rechtlicher Prinzipien durch entsprechendes informations- und ingenieurwissenschaftliches Design voranzutreiben.“<sup>50</sup>

Selbstredend seien alle AG-Mitglieder „allein ihrem Gewissen verpflichtet“ und die „Ergebnisse des kritischen Diskurses“ würden „festgehalten und für maximale Transparenz auf der Website [www.fcas-forum.eu](http://www.fcas-forum.eu) veröffentlicht.“ Was aber bei diesem „kritischen Diskurs“ herauskommen soll, ist eh schon vorweggenommen: „Es ist das ambitionierteste europäische Verteidigungsprojekt der kommenden Jahrzehnte und ein Meilenstein der Hochtechnologie in Europa: das Future Combat Air System (FCAS). [...] Konkret bedeutet das: Basierend auf einem vom Menschen definierten Regelwerk kann es erforderlich und berechtigt sein, automatisierte Entscheidungsfindung zu erlauben. Allerdings muss man in der Lage sein zu bewerten, ob das zugrundeliegende Regelwerk im jeweiligen Einsatzzweck anwendbar und ethisch vertretbar ist.“<sup>51</sup>

Sinn und Zweck der Übung ist es vor allem, jedweder Kritik von vorneherein den Wind aus den Segeln zu nehmen. Wer dies von Anfang an begriffen hat, ist zum Beispiel die stets rüstungsnahe Zeitung Die Welt: „Die Beteiligten wollen wohl vermeiden, dass wie in der Debatte um gezieltes Töten durch Drohnen und Bewaffnung von Bundeswehdrohnen die politische Diskussion hochkocht, wenn die Drohnen bereits entwickelt und auf dem Markt sind. Diesmal sollen Leitplanken bereits bei der Entwicklung festgelegt werden, auch wenn sensible Details weiter geheim bleiben.“<sup>52</sup>

Hier wurde also der Bock zum Gärtner gemacht, was auch die Auffassung von Anja Dahmann zu sein scheint, die eine der wenigen kritischen Stimmen in der Ethik-AG darstellt. Sie wies in einem SWP-Papier recht ungeschönt darauf hin, dass dieses Gremium völlig unzureichend ist, um die ethischen Aspekte des Projektes zu beleuchten: „Wichtig ist eine enge Überwachung von Rüstungsprojekten wie EURO MALE 2025 und FCAS. Mit der AG Technikverantwortung von Airbus und dem Fraunhofer-Institut für Kommunikation, Informationsverarbeitung und Ergonomie (FKIE) existiert ein Gremium, das die Entwicklung von FCAS auf deutscher Seite flankiert. Ein solches von der Industrie geleitetes Gremium reicht jedoch nicht aus. Ebenso nötig ist eine parlamentarische Befassung mit diesen Rüstungsprojekten. Einen Bundestagsbeschluss zu autonomen Waffensystemen gibt es bisher nicht.“<sup>53</sup>



*FCAS-Chief-Lobbyist Reinhard Brandl. Quelle: Wikimedia Foundation, CC BY-SA 3.0 via Wikimedia Commons*



## Deutschland liefert IV: Projektfinanzierung

Aktuell treibt die „Sicherheitscommunity“ die Sorge um, coronabedingt könnte es zu Einschnitten im Verteidigungshaushalt und damit auch zu Engpässen bei den Budgets geplanter Großprojekte wie dem FCAS kommen. Beim rüstungsnahen Behördenspiegel hieß es dazu etwa: „Die Pandemiefolgen werden in allen Ressorts Begehrlichkeiten wecken. Zumindest in der Vergangenheit hat sich häufig gezeigt, dass bei ‚Haushaltsschlachten‘ gerade das BMVg nicht immer über die stärksten Bataillone verfügte. [...] Insbesondere große multinationale Beschaffungsvorhaben wie FCAS und MGCA werden sicher finanziell und zeitlich gestreckt werden müssen.“<sup>54</sup>

Auch dem CSU-Bundestagsabgeordnete Reinhard Brandl bereitet diese Vorstellung schlaflose Nächte, weshalb er allen Ernstes bei der BDLI-Tagung im Januar 2021 vorschlug, die Entwicklungskosten doch einfach aus dem Budget der Bundeswehr herauszulösen.<sup>55</sup> Dass Brandl mit seinen absurden Ideen keineswegs ein einsamer Rufer in der Wüste ist, bewiesen kurz darauf Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und Bundeswehr-Generalinspekteur Eberhard Zorn. In ihrem „Positionspapier: Gedanken zur Bundeswehr der Zukunft“ vom 9. Februar 2021 beklagten sie, die Bundeswehr sei „weiterhin unterfinanziert“, weshalb Großprojekte im Brandl-Stil outgesourct werden sollten: „Umfassende Sicherheit gibt es nicht zum Spartarif. In diesem Zusammenhang weisen wir mit besonderem Nachdruck darauf hin, dass Verteidigung eine gesamtstaatliche Aufgabe ist, die sich nicht allein im Verteidigungshaushalt niederschlagen kann. Für die Finanzierung von politisch übergeordneten Großvorhaben, vor allem in der multinationalen Rüstungskooperation, steht die Bundesregierung gemeinschaftlich in der Verantwortung. Die staatliche Kernaufgabe Sicherheit muss breit getragen werden.“<sup>56</sup>

Schlussendlich wählte Kramp-Karrenbauer einen anderen, nicht minder waghalsigen Weg: Sie legte nämlich den FCAS-Antrag mit dem Verweis zur Abstimmung vor, es sei dafür im Verteidigungshaushalt kein Geld vorhanden – die Botschaft: wenn die Politik das Flugzeug unbedingt möchte, soll sie die Gelder dafür zusätzlich locker machen, andernfalls versenken wir das Projekt. Das saß augenscheinlich, denn am selben Tag wie die Abstimmung über das FCAS wurde auch der Entwurf des Bundeshaushalts 2022 und die Finanzplanung für die Jahre bis 2025 vom Kabinett beschlossen. Darin wurde der Verteidigungshaushalt gegenüber dem Eckwerte-Papier aus dem März 2021<sup>57</sup> um insgesamt €4 Mrd. erhöht, um das FCAS (und andere Rüstungsprojekte) zu finanzieren – für 2022 sind jetzt 50,33 Mrd. (statt €49,30 Mrd.) vorgesehen.<sup>58</sup> Die Zustimmung der Abgeordneten zu dieser nassforschenden Erpressung ist ein Armutszeugnis. Als „gutes Ergebnis“ bezeichnete Kramp-Karrenbauer denn auch das Resultat der Auseinandersetzungen. Und tatsächlich hat sie hoch gepokert und Milliarden gewonnen.<sup>59</sup>

## Ausblick: Next Stop 2024

Noch ist in Sachen FCAS das letzte Wort nicht gesprochen, schließlich muss der Haushaltsausschuss 2024 erneut Gelder für das Projekt freigeben – dies könnte womöglich die letzte Gelegenheit sein, um die Notbremse zu ziehen, bevor die Kosten zwei- oder gar dreistellige Milliardenbeträge erreichen. In diesem Zusammenhang wurde in der französischen Presse teils durchaus verschnupft bemerkt, dass Die Grünen als wahrscheinlicher Teil der nächsten Regierungskoalition am 23. Juni 2021 geschlossen gegen die Bewilligung der FCAS-Gelder gestimmt hatten.<sup>60</sup>

Allzu viele Hoffnungen sollten aber nicht in die Grünen investiert werden, in jedem Fall basierte ihr Agieren nicht auf einer grundsätzlichen Ablehnung derartiger Großprojekte – im Gegenteil. So hat der Grüne Chefhaushälter und Verteidigungspolitiker Tobias Linder bereits Planungen für ein Verteidigungsplanungsgesetz im Köcher, mit dem er die Finanzierung von Rüstungsgroßprojekten wie dem FCAS künftig auf eine „verlässliche Finanzgrundlage“ stellen will.<sup>61</sup> Auch die Position gegen Kampfdrohnen wurde bereits abgeräumt und auch das FCAS selbst hat innerhalb der Partei einige prominente FürsprecherInnen wie zum Beispiel Franziska Brantner: „Europäische strategische Souveränität bedeutet, die Grundlagen dafür zu schaffen, die Werte der Europäischen Union [...] in der verflochtenen und komplexen Welt bewahren und europäische Interessen verfolgen zu können. [...] Das würde in einem ersten Schritt bedeuten, die zwei großen deutsch-französischen Projekte Future Combat Air System (FCAS) und Main Ground Combat System (MCGS) politisch so zu unterstützen, dass sie die notwendigen Planungskapazitäten im Verteidigungsministerium erhalten und unsere Defizite bei der Konsolidierung der nationalen Rüstungsindustrie nicht zulasten europäischer Kooperation gehen.“<sup>62</sup>

Ohne erheblichen Druck dürfte sich hier also kaum etwas bewegen, ein kleiner Lichtblick war in diesem Zusammenhang die Anti-FCAS-Kampagne der Friedensbewegung, die, obwohl extrem spät gestartet, in der Lage war, nicht unerheblichen Druck insbesondere in die SPD hinein zu entfalten. Dass 2024 überhaupt noch einmal über das FCAS abgestimmt werden muss, dürfte nicht zuletzt auch mit dieser Kampagne zusammenhängen. Diesen Schwung gilt es nun mit einem längeren Vorlauf bis 2024 mitzunehmen und in Widerstand gegen dieses Wahnsinnsprojekt umzumünzen. Denn die Argumente der Anti-FCAS-Kampagne „100 Milliarden Euro für neues Luftkampfsystem „FCAS“? Wir sagen NEIN und werden aktiv!“ werden sicherlich auch 2024 nichts von ihrer Gültigkeit verloren haben.<sup>63</sup> So hieß es kurz nach der FCAS-Abstimmung in einer Pressemitteilung: „Milliarden für Rüstung auszugeben, insbesondere für intransparente und überbeuerte Projekte wie FCAS, ist in Zeiten von Corona und Klimawandel unverantwortlich. Das Geld wird dringend in zivilen Bereichen benötigt. Darüber hinaus heizt FCAS die Aufrüstungsspirale in der KI-Kriegsführung weiter an. Ein Nein zu FCAS wäre ein Ja zu einer besseren und friedlicheren Welt gewesen.“<sup>64</sup>

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Verteidigungsministerium plant noch zahlreiche Rüstungsprojekte, [Handelsblatt](#), 03.02.2021.
- <sup>2</sup> FCAS als Meilenstein für ein souveränes und sicheres Europa steht vor entscheidendem Jahr, [BDLI](#), 28.01.2021.
- <sup>3</sup> Vgl. hierzu Haydt, Claudia/Wagner, Jürgen: Die Militarisierung der EU – Der (un)aufhaltsame Weg Europas zur militärischen Großmacht, Berlin 2018.
- <sup>4</sup> Die Internationale Politik schreibt dazu: „Der Druck auf die deutsche Regierung also ist immens, denn in diesem Sommer tritt FCAS in die entscheidende Planungsphase. Im April haben die beiden ausführenden Rüstungskonzerne Dassault Aviation und Airbus Defence and Space ihren Regierungen einen Plan auf den Tisch gelegt, der den Bau eines flugfähigen Prototyps bis 2027 vorsieht. Kostenpunkt: rund neun Milliarden Euro. Soll der Zeitplan eingehalten werden, müsste der Bundestag noch in dieser Legislaturperiode einen Finanzierungsplan freigeben mit dem deutlichen Hinweis: Hier wird nicht mit Millionen, sondern Milliarden gerechnet.“ (Brink, Nana: Die Wunderwaffe, in: [Internationale Politik](#), Mai-Juni 2021, S. 64-68)
- <sup>5</sup> Dominic, Vogel: Future Combat Air System: Too Big to Fail, [SWP-Aktuell](#) Nr. 98, Dezember 2020.
- <sup>6</sup> Brink 2021.
- <sup>7</sup> „Bis 2050 legt das Land sich fest, um seine nukleare Abschreckung aufrechtzuerhalten. Zu dieser gehören auch atomwaffenfähige Bomber – heute der Rafale, morgen das FCAS.“ (Europas größtes Rüstungsprojekt steckt in der Krise, [NZZ](#), 03.03.2021)
- <sup>8</sup> Vgl. Renn, Ulrich: Unbemannte Helfer: Zur Bedeutung der Remote Carrier im Future Combat Air System, in: [Europäische Sicherheit und Technik](#), 4-2021, S. 38-42.
- <sup>9</sup> Ebd., S. 38.
- <sup>10</sup> FCAS als Meilenstein für ein souveränes und sicheres Europa steht vor entscheidendem Jahr, [BDLI](#), 28.01.2021.
- <sup>11</sup> Nicht zuletzt ging von dem Treffen auch ein entscheidender Impuls für die Aktivierung der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (engl. PESCO) aus, in deren Rahmen europäische Rüstungsprojekte entwickelt werden sollen.
- <sup>12</sup> Ebd.
- <sup>13</sup> Machi, Vivienne: Despite progress, industry faces ‘very tough roadmap’ to field FCAS by 2040, [defensenews.com](#), 09.12.2020.
- <sup>14</sup> Exakt sind es 4,468 Mrd. Euro.
- <sup>15</sup> Reichart, Thomas: Finanzstreit um Kampfjet - FCAS: Das nächste Milliardengrab? [zdf.de](#), 15.06.2021.
- <sup>16</sup> Griephan Briefe, Nr. 23/2019.
- <sup>17</sup> Brink 2021.
- <sup>18</sup> Reichart 2021.
- <sup>19</sup> [Wikipedia: Système de combat aérien du future](#).
- <sup>20</sup> Dokumentation: FCAS und der (deutsche) Betriebsrat, [augengeradeaus.net](#), 12.02.2021. Diese Zahl findet sich inzwischen häufig in den Medien und scheint ihren Ursprung tatsächlich in der Erklärung des Airbus-Betriebsrates zu haben.
- <sup>21</sup> Major, Claudia/Mölling, Christian: Warum ein deutsch-französisches Rüstungsprojekt so wichtig ist, [Tagesspiegel Causa](#), 13.07.2017. Siehe auch den nach der Bewilligung der FCAS-IB-Gelder erleichterten Ingolstädter CSU-Bundestagsabgeordnete Reinhard Brandl, in dessen Wahlkreis der Großteil der deutschen FCAS-Fertigung stattfinden soll: „FCAS ist nicht eines unter vielen Rüstungsvorhaben der Bundeswehr. Es ist das strategische Projekt in Europa zur langfristigen Sicherung unserer Souveränität im Bereich der militärischen Luftfahrt. [...] An diesem Projekt wird sich entscheiden, ob wir in Europa langfristig noch Kampfflugzeuge selbst bauen oder uns in eine vollständige Abhängigkeit von den USA begeben.“ (Europäisches Kampfjet-Projekt FCAS geht in die nächste Phase, [Donaukurier](#), 23.06.2021)
- <sup>22</sup> FCAS als Meilenstein für ein souveränes und sicheres Europa steht vor entscheidendem Jahr, [BDLI](#), 28.01.2021.
- <sup>23</sup> Vogel 2020, S. 2.
- <sup>24</sup> Europe’s fighter jets of the future on collision course? [eucactiv.com](#), 28.10.2019.
- <sup>25</sup> Thomalla, Volker: Das Team Tempest ist um sieben weitere Firmen gewachsen, [aerobuzz.de](#), 20.07.2020. Relativ wenige Beobachter sehen einen Markt für beide Flugzeuge. Eine der wenigen Ausnahmen ist Episkopos, Mark: Yes, There Will Be Two European Sixth-Generation Stealth Fighters, [National Interest](#), 25.02.2021.
- <sup>26</sup> Europas größtes Rüstungsprojekt steckt in der Krise, [NZZ](#), 03.03.2021.
- <sup>27</sup> Vorlage für weitere Studien im Bundestag, [hartpunkt.de](#), 06.02.2020.
- <sup>28</sup> Dokumentation: FCAS und der (deutsche) Betriebsrat, [augengeradeaus.net](#), 12.02.2021.
- <sup>29</sup> Ebd. Beachtenswert ist vor allem die gewerkschaftliche Forderung nach einem eigenen deutschen Demonstrator, was auch dementsprechende Mehrkosten verursachen würde: „Ein eigener in Deutschland zugelassener Demonstrator auf Eurofighter-Basis ist für die deutsche Verteidigungsindustrie von zentraler Bedeutung. Nicht nur für unsere Kolleginnen und Kollegen bei Airbus, sondern auch für die Belegschaften vieler mittelständischer, deutscher Zulieferbetriebe“, wird Thomas Pretzl, Gesamtbetriebsratsvorsitzender von Airbus Defence and Space, zitiert. Bernhard Stiedl, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Ingolstadt, ergänzt: „Der Demonstrator ist vor allem auch entscheidend, um das Wissen der Ingenieure, die den Tornado und den Eurofighter entwickelt haben, auf die junge Ingenieursgeneration zu übertragen. Falls Deutschland keinen eigenen Demonstrator baut, geht dieses Know-How verloren.“ (ebd.)
- <sup>30</sup> <https://www.n-tv.de/politik/Bundeswehr-Kampfjet-Deal-nicht-zeichnungsreif-article22598142.html>
- <sup>31</sup> Réunion de la dernière chance pour le futur avion de chasse européen, [Les Echos](#), 17.02.2021.
- <sup>32</sup> Dassault: Einigung über FCAS erzielt, [aero.de](#), 13.03.2021.
- <sup>33</sup> Griephan-Briefe Nr. 23/2021.
- <sup>34</sup> Descôtes, Anne-Marie: Vom „German-free“ zum gegenseitigen Vertrauen, [BAKS-Arbeitspapier](#) 7/2019, S. 1.
- <sup>35</sup> Enders, Tom: Warum ein starkes Europa für die Luftfahrt so wichtig ist, [Handelsblatt](#), 18.04.2019.
- <sup>36</sup> [Abkommen](#) zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über Ausfuhrkontrolle im Rüstungsbereich, Artikel 1 (2).
- <sup>37</sup> Ebd., Artikel 1 (4).
- <sup>38</sup> Berliner Drohnenstreit gefährdet die deutsch-französische Rüstungskooperation, [NZZ](#), 25.01.2021.
- <sup>39</sup> Regierungskoalition macht Weg frei für Entwicklung der Eurodrohne, [augengeradeaus.net](#), 03.02.2021.
- <sup>40</sup> Daran lässt zum Beispiel auch der militärnahe Blog Augengeradeaus wenig Zweifel aufkommen: „Der Wortlaut des Koalitionsbeschlusses ist offensichtlich von dem Wunsch geprägt, dem Koalitionspartner SPD so weit wie möglich entgegenzukommen. Denn auch wenn es zunächst nicht um eine Bewaffnung dieses Systems geht: Dass es sich um ein *primär als Aufklärungssystem konzipiertes* Projekt handele, ist schon eine sehr deutsche Binnen-Sichtweise, die zum Beispiel für Frankreich kaum so zutreffen dürfte. Aber da die SPD schon die Bewaffnung der bereits beschafften israelischen *Heron TP*-Drohnen der Bundeswehr ablehnt, wäre ein solches System unter dem Aspekt Bewaffnung für die Sozialdemokraten vermutlich nicht tragbar gewesen.“ (Regierungskoalition macht Weg frei für Entwicklung der Eurodrohne, [augengeradeaus.net](#), 03.02.2021)
- <sup>41</sup> Monroy, Matthias: Bewaffnungsfähige „Eurodrohne“ soll auch mit Abhörtechnik fliegen, [netzpolitik.org](#), 14.02.2021.
- <sup>42</sup> L’Eurodrone, le futur drone de surveillance européen, se rapproche du crash, [challenges.fr](#), 12.12.2019.

- <sup>43</sup> Scholz stellt Finanzierung der Eurodrohne infrage, [Spiegel Online](#), 23.03.2021.
- <sup>44</sup> Warnung vor Kostenexplosion, [tagesschau.de](#), 23.03.2021.
- <sup>45</sup> Der vergleichsweise hohe Anteil hängt damit zusammen, dass die deutsche Industrie von der Drohne auch überproportional profitiert. Im Donaukurier heißt es zum Beispiel dazu: „Insbesondere im Airbus-Werk in Manching bei Ingolstadt wartete man ungeduldig auf die Entscheidung. [...] Der europäische Luft- und Raumfahrtkonzern Airbus ist nicht nur Hauptauftragnehmer, das Werk in Manching ist sozusagen der Dreh- und Angelpunkt des Projekts.“ (Grünes Licht für Eurodrohne, [Donaukurier](#), 14.04.2021)
- <sup>46</sup> Das Finanzministerium kritisiert in dem erwähnten Schreiben, dass es sogar eine explizite Verknüpfung der Eurodrohne mit der Realisierung des FCAS gäbe: „Im Rahmen einer ‚außerordentlichen Preiseskalationsregelung‘ wird eine aus hiesiger Sicht nicht akzeptable Verknüpfung mit den beiden Großvorhaben ‚FCAS‘ und ‚Eurofighter Tranche 5‘/Tornadonachfolge hergestellt, die keinen inhaltlichen Zusammenhang erkennen lässt, aber eine mögliche/faktische Verbindung für die beiden außerordentlich kostenintensiven noch nicht etatreifen Zukunftsprojekte herstellt (Präjudizgefahr). Der bereits im Rahmen der Vertragsverhandlungen erzielten Preisreduzierung steht das Risiko einer späteren Preiserhöhung je nach Anzahl der nicht geschlossenen bzw. später geschlossenen Verträgen gegenüber.“ (Bundestag billigt Eurodrohne – für Deutschland erstmal nur unbewaffnet, [augengeradeaus.net](#), 14.04.2021)
- <sup>47</sup> [https://twitter.com/von\\_ammon/status/1382607091391664128](https://twitter.com/von_ammon/status/1382607091391664128)
- <sup>48</sup> Genau das bestätigte kürzlich auch ein US-Militär, über den bei [thedefensepost.com](#) berichtet wurde: „Strikte Regeln, was eine substanzielle menschliche Kontrolle über Kampfsysteme mit Künstliche Intelligenz anbelangt, könnten nicht immer möglich sein, gab der Kommandeur des US Army Futures Command, General John Murray, in einem gestrigen Webinar an. Das Pentagon könnte gezwungen sein, die Regeln mit Blick auf den Sieg über Drohnen Schwärme zu lockern, sagte er. Der Chef des Armeekommandos, das für Modernisierung verantwortlich ist, gab an, einige Drohnen könnten sich zu schnell für SoldatInnen bewegen, um sie zu erfassen und deshalb eine KI zur schnelleren Zielerfassung benötigen, um sie zu besiegen.“ (US General Suggests Human Control Over AI Not Always Possible, [thedefensepost.com](#), 26.01.2021)
- <sup>49</sup> Dr. Jakob Foerster, Maximilian Igl, Luisa Zintgraf, Christian Schroeder de Witt: ‚Europa als Vorreiter für den Frieden statt Nachzügler im Wettrüsten – “Nein” zu FCAS!“
- <sup>50</sup> Verantwortete Nutzung neuer Technologien im »Future Combat Air System« (FCAS), [FKIE-Pressemitteilung](#), o.J.
- <sup>51</sup> Ebd.
- <sup>52</sup> Kampfjet oder Killerroboter? Bundeswehr definiert rote Linie, [Die Welt](#), 18.05.2020.
- <sup>53</sup> Dahlmann, Anja: Heron TP – und dann? Implikationen einer Bewaffnung deutscher Drohnen, [SWP-Aktuell](#) Nr. 76/2020.
- <sup>54</sup> „Corona-Streichungen“ für die Bundeswehr? [Behörden Spiegel](#), 29.01.2021.
- <sup>55</sup> „FCAS ist nicht eines unter vielen Rüstungsprojekten, sondern es ist das strategische Projekt im Bereich der militärischen Luftfahrt. Und ob wir in diesem Bereich in Zukunft auch eine europäische Souveränität gewährleisten können, entscheidet sich auch daran, ob dieses Projekt zum Erfolg führt und ob es gelingt, auch Deutschland und Frankreich in diesem Projekt erfolgreich zusammenzuspannen. Wenn wir es zum Erfolg führen wollen, dann müssen wir es auch politisch so behandeln [...]. Wir haben im Moment die Situation [...], dass FCAS auch im Haushalt als Projekt der Bundeswehr abgebildet ist. Bis FCAS aber einen militärischen Nutzen erzielt, wird es noch Jahre, vielleicht Jahrzehnte hinweg dauern. Bis dahin sind viele Milliarden Euro an Forschung und Entwicklung notwendig und für mich wäre es wichtig, dieses Projekt jetzt einmal aus der reinen Finanzierungsverantwortung der Bundeswehr herauszunehmen und die ganzen Forschungs- und Entwicklungsausgaben über einen anderen Topf zu finanzieren, damit das nicht zu einer Situation kommt, dass die FCAS-Milliarden in Forschung und Entwicklung zu Verdrängungseffekten in den Streitkräften führt.“ (FCAS als Meilenstein für ein souveränes und sicheres Europa steht vor entscheidendem Jahr, [BDLI](#), 28.01.2021)
- <sup>56</sup> [Positionspapier: Gedanken zur Bundeswehr der Zukunft](#), Berlin, 09.02.2021.
- <sup>57</sup> [Eckwerte des Regierungsentwurfs des Bundeshaushalts 2022 und des Finanzplans 2021 bis 2025](#), 22 März 2021.
- <sup>58</sup> Wie schon in den Eckwerten ist auch im Finanzplan ab 2023 eine Absenkung vorgesehen, die Bindewirkung der weiter in der Zukunft liegenden Zahlen ist allerdings in der Regel überschaubar. Allerdings wurde dennoch auch hier gegenüber den Eckwerten noch einmal aufgestockt: 2023: €47,34 Mrd. (statt €46,33 Mrd.); 2024: €47,16 Mrd. (statt €46,15 Mrd.); und 2025: €46,74 Mrd. (statt €45,73 Mrd.).
- <sup>59</sup> Milliarden-Plus bei Verteidigungsetat - AKK: „Gutes Ergebnis für die Truppe“, [rmd.de](#), 23.06.2021. Ob sich Kramp-Karrenbauer damit persönlich einen Gefallen getan hat, darf allerdings bezweifelt werden. Selbst Mitglieder ihrer eigenen Partei unterzeichneten nach ihrem Vorgehen einen Brandbrief, in dem sie scharf kritisiert wurde. Beim Insiderdienst GRIEPHAN-BRIEF (21/2021) heißt es dazu: „Es ist schwer vorstellbar, dass sich Annegret Kramp-Karrenbauer nach dieser politischen Ohrfeige für ein Amt in einer christdemokratisch geführten Bundesregierung nach der Wahl im September empfiehlt. Wir hören ‚Unter den Linden‘, dass es das dann war.“
- <sup>60</sup> SCAF : le Bundestag donne son feu vert in extremis, <https://www.lopinion.fr>, 23.09.2021.
- <sup>61</sup> Warum ein Verteidigungsplanungsgesetz mehr parlamentarische Mitsprache und verlässliche Perspektiven für die Bundeswehr bringt, [tobias-linder.de](#), 22.02.2021.
- <sup>62</sup> Brantner, Franziska: Wir müssen handlungsfähig werden, [Spiegel Online](#), 05.12.2020.
- <sup>63</sup> <https://www.lobbying4peace.de/nein-zu-fcas>
- <sup>64</sup> Entscheidung für Multimilliarden-Rüstungsprojekt FCAS verantwortungslos und brandgefährlich – Friedensbewegung bleibt aktiv, [Pressemitteilung](#), 24.06.2021.



# Spendenaufruf

Dieser Wegweiser zeigte 2017 am Tag der Bundeswehr in Dornsteden in die Richtungen der zahlreichen, aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Informationsstelle Militarisation (IMI) versucht mit all den Einsätzen sowie den Militarisierungsprozessen im Inneren, Migrationsbekämpfung, militärischen Landschaften, Rekrutierungsmaßnahmen, Rüstungshaushalten und vielen weiteren Themen Schritt zu halten. Um dazu fähig zu sein und das erstellte Material grundsätzlich online kostenlos zur Verfügung stellen und in Printform zum Selbstkostenpreis abgeben zu können, sind wir auf Spenden und Mitgliedschaften angewiesen, die steuerlich absetzbar sind.

Daher bitten wir alle, die sich finanziell dazu in der Lage sehen, uns für das kommende Jahr mit einer Spende zu unterstützen oder auch Menschen im Bekanntenkreis über eine mögliche IMI-Mitgliedschaft zu informieren.

IMI-Spendenkonto Kreissparkasse Tübingen:  
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32  
BIC: SOLADES1TUB

Mitgliedsformulare finden sich hier:  
[www.imi-online.de/mitglied-werden](http://www.imi-online.de/mitglied-werden)

Jede Form der Unterstützung ist sehr willkommen!



## Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:  
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle  
Militarisierung (IMI) e.V.**  
Hechingerstr. 203  
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154  
Fax: 07071/49159  
e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)  
web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

